

Beschaffung von Medien auf Prüfstand

35 lokale Buchhändler von EU-Recht betroffen

Keine guten Nachrichten für den lokalen Buchhandel, für den die städtische Ausschreibung von Büchern für die Stadtbibliothek ein lukratives Geschäft war. Die bisherige Praxis, den lokalen Buchhandel zu bevorzugen, ist nicht mit dem Vergaberecht der EU vereinbar. Das geht aus einem Gutachten der Kanzlei Dageförde hervor, einer Fachkanzlei für Öffentliches Vergaberecht. Grund ist die Höhe der Medienbeschaffung im Wert von etwa 560.000 Euro – bei dieser Summe ist eine europaweite Ausschreibung nach den EU-Vergaberichtlinien zwingend erforderlich. Der Schwellenwert, bei dem auf eine solche Ausschreibung verzichtet werden kann, liegt bei 221.000 Euro.

Der Konflikt um die Medienbeschaffung schwelt seit rund einem Jahr, seitdem die Stadt die EU-weite Ausschreibung nach Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes auf den Weg bringen wollte. Dagegen hatte es erheblichen Widerstand gegeben, vor allem von den 35 inhabergeführten Buchläden, die die Stadt in der Vergangenheit mit Medien beliefert haben. Es gab eine Petition, schlussendlich forderte die Ratspolitik ein Rechtsgutachten, um Klarheit zu haben. Das liegt jetzt vor, und das Verfahren geht nun weiter.

Die EU-weite Ausschreibung bedeutet für die lokalen Buchhandlungen, oft nur Ein- oder Zwei-Personen-Betriebe, eine Bedrohung für ihre Existenzgrundlage, denn es geht um Einbußen von jeweils 10.000 bis 30.000 Euro. Deshalb will die Stadt Hannover über die örtlichen EU-Abgeordneten nun versuchen, das EU-Vergaberecht zu modifizieren, damit der lokale Buchhandel wieder stärker an dem lukrativen Geschäft teilhaben kann.

„Wir haben konstruktive und vertrauensvolle Gespräche mit dem norddeutschen Börsenverein, unser Anliegen zu unterstützen“, sagt Tom Becker, der Direktor der Stadtbibliothek. Grundsätzlich hat die Stadt die Möglichkeit, die Gesamtmedienbeschaffung in einzelne Pakete aufzuteilen, etwa in die Bestellung nach Kinder-, Bilder- oder Sachbücher, um unter den Schwellenwert von 210.000 Euro je Paket zu kommen. Diese Vergabe regeln dann die Länder in Eigenverantwortung. Aber: Niedersachsen hat solche vergaberechtlichen Vorschriften nicht. Das Land muss sie also erst schaffen. „Wir werden uns also auch auf Landesebene für eine Modifizierung des Vergaberechts einsetzen“, sagt Kulturdezernentin Konstanze Beckedorf. „Wir haben ein dickes Brett zu bohren.“ *vo*



Kulturdezernentin Konstanze Beckedorf und Stadtbibliotheksleiter Tom Becker wollen jetzt Möglichkeiten für eine Überarbeitung des EU-Vergaberechts ausloten.

FOTO: ANDREAS VOIGT

HAZ FORUM

Haben Sie etwas auf dem Herzen, oder wollen Sie uns auf ein Thema aufmerksam machen? Dann rufen Sie uns doch an. Heute von 14 bis 15 Uhr erreichen Sie:

Conrad von Meding, Lokalredakteur (0511) 518-2872



THEMA DES TAGES



Auf der Limmerstraße in Hannover demonstrieren Tausende Menschen gegen rechts und die AfD.

FOTO: KATRIN KUTTER

Demonstration gegen „völkische und rassistische“ AfD

In Linden sind rund 8500 Menschen auf die Straße gegangen. „Omas gegen Rechts“: Wir würden mit als Erstes deportiert werden.

Von Petra Ruckerl

Es sind längst nicht nur „Omas“, die sich am frühen Dienstagabend in Linden an der Ecke Köthnerholzweg/Limmerstraße versammeln, um gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren. Die „Omas gegen Rechts“ haben gemeinsam mit dem Bündnis „Auf die Plätze“ dazu aufgerufen, Flagge gegen rechtsextreme Pläne von der sogenannten „Remigration“ – übrigens jetzt schon unwort des Jahres – zu zeigen. Auch viele junge Leute, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, gehen mit. Ihnen geht es darum, die Demokratie zu verteidigen.

Linden ist voll mit Menschen, die sich gegen rechts positionieren – Polizeihauptkommissarin Sandra Rottmann freute sich, dass die Demo so friedlich geblieben ist. 8500 Menschen zählte die Polizei letzt-

lich. „Ich will nicht, dass meine Kinder im Faschismus aufwachsen“, sagt eine junge Mutter. Die Üstra-Linie 10, die sonst durch die Limmerstraße fährt, hat den Betrieb vorerst eingestellt.

Franziska Kühne will nicht, dass die AfD für sie spricht. „Seit neun Jahren sprechen sie vermeintlich vom und für das Volk, wie sie meinen. Jetzt wird es Zeit, dass das Volk aufsteht und denen zeigt, dass sie eben nicht für das Volk sprechen.“ Lisa (29), Celia (26) und Enora (18) finden die „immer extremistischeren Ausprägungen in Deutschland besorgniserregend. Man hatte gar keinen Überblick mehr, wie viel Solidarität noch existiert und nun ist es so schön, diese vielen Menschen hier zu sehen“, sagen sie am Küchengarten, wo der Marsch gegen rechts endet.

Sprecherin Uta Saenger sagte: „Diese Pläne alarmieren uns. Sie zeugen von völkischem, rassistischem und nationalistischem Denken.“ Und sie ist sich sicher: „Wir wären mit die Ersten, die deportiert würden, denn wir gehören zu den missliebigen Personen. Das muss allen klar sein.“

Werner Musterer, der die Demonstration für „Auf die Plätze“ angemeldet hat, gab den Menschen auf der Demonstration Folgendes mit auf den Weg: „Die Zivilgesellschaft muss Flagge zeigen, auch nach dieser Demo dürfen wir uns nicht auf die Hoffnung verlassen, die Politik wird schon alles richten. Wir müssen weitermachen, jeder individuell.“

Musterer weiß, dass viele Menschen sich ins Private zurückgezogen haben durch die vielfältigen

Krisen. Die AfD bietet „Lösungen“ an, die keine seien, aber zutiefst undemokratisch sind. „Die Zivilgesellschaft muss jetzt Flagge zeigen“, sagte er.

Es wird nicht die einzige Demonstration bleiben. Am Sonntag, 20. Januar, hat der Freundeskreis Hannover für die Initiative „Bunt statt Braun“ eine Kundgebung angemeldet. Motto: „Hannover zeigt Haltung gegen Rechts und für die Demokratie.“

Von 14 Uhr bis 16 Uhr sollen auf dem Opernplatz Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne), Regionspräsident Steffen Krach (SPD), Ex-Bundespräsident Christian Wulff (CDU), Landesbischof Ralf Meister und Yasmin Fahimi, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), sprechen.

„Da muss man klare Kante zeigen“

Kabarettist Matthias Brodowy ist beim Verein Deutsche Sprache ausgetreten: Im Interview sagt er warum.

Von Simon Benne

Herr Brodowy, Sie sind jetzt aus dem Verein Deutsche Sprache (VDS) ausgetreten. Wie ist es dazu gekommen? Das war ein überfälliger Schritt, und ich muss selbstkritisch sagen, dass ich mir viel zu viel Zeit damit gelassen habe. Schon seit Längerem haben mich manche Positionen des Vereins befremdet. Einiges kam mir dort etwas schrullig vor. Doch jetzt wurde bekannt, dass mit Silke Schröder ein VDS-Vorstandsmitglied am Netzwerktreffen mit Rechtsextremisten in Potsdam teilgenommen hat. Der Verein hat sich in meinen Augen nur halbherzig davon distanziert. Das hat das Fass zum Überlaufen gebracht.

Auch der Philosoph Peter Sloterdijk ist aus dem Verein jetzt ausgetreten. Andere Mitglieder wie der Autor Asfa-Wossen Asserate zeigen sich entsetzt angesichts der rechten Umtriebe. Ich warne davor, die Zuschreibung „rechts“ inflationär zu gebrauchen. Doch die Pläne zu einer sogenannten Remigration – das Unwort des Jahres! – von Menschen anderer Herkunft, die bei dem konspirativen Treffen von Rechtsextremisten und AfD-Politikern in Potsdam diskutiert wurden, sind ganz eindeutig menschenverachtend. Wer an

einem solchen Treffen teilnimmt, stellt sich selbst ins Abseits. Da muss man klare Kante zeigen.

Der sprachkonservative Verein Deutsche Sprache wurde 1997 gegründet und kämpft gegen Anglizismen und Gendersprache. Er ist dabei nicht zu verwechseln mit dem Rat für Deutsche Rechtschreibung, der Gender-



„Das hat das Fass zum Überlaufen gebracht“: Matthias Brodowy ist aus dem Verein Deutsche Sprache ausgetreten.

FOTO: KLOEPPER FOTODESIGN

sternen ebenfalls ablehnt. Warum sind Sie überhaupt Mitglied geworden im VDS?

Ich war dort vor längerer Zeit eingetreten, in der irrigen Annahme, ich würde unserer Sprache damit eine besondere Wertschätzung erweisen. Stattdessen beobachte ich dort eher kleingeistige Verengung und eine befremdliche Deutschtümelei. Der Verein sollte sich fragen, ob er damit wirklich etwas für die Sprachpflege tut oder ob er nicht eher einer intoleranten politischen Strömung den Weg bereitet. Ich war übrigens immer nur passives Mitglied und hätte längst austreten sollen.

Hand aufs Herz: Wie gendern Sie eigentlich?

Ich gendere schon seit Jahren, aber auf meine Weise: Ich spreche zum Beispiel von „Bürgerinnen und Bürgern“, in der Doppelform. Das entspricht meinem persönlichen Sprachempfinden, auch wenn ich das früher nie „gendern“ genannt habe. Sprechpausen und Gendersternen versuche ich zu vermeiden, aber wenn ich beispielsweise in einem universitären Milieu unterwegs bin, wo sie üblich sind, habe ich auch keine Probleme damit, sie zu akzeptieren. Was mich stört, ist der Dogmatismus von beiden Sei-

ten, der diese Debatte seit Langem aufheizt. Wir sollten da alle etwas lockerer sein.

Wie können wir denn etwas für unsere Sprache tun?

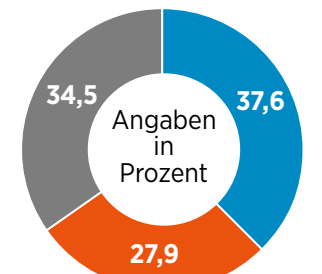
Indem wir schöne Lieder, Gedichte oder Geschichten schreiben oder weitergeben. Indem wir den Wert von Literatur gebührend schätzen. Indem wir lesen, lesen, lesen! Viel ist auch gewonnen, wenn wir andere nicht verbal herabsetzen oder verunglimpfen – das gilt vor allem in den sogenannten sozialen Medien. In Diskussionen sollten wir darauf bedacht sein, Fakten mehr Raum zu geben als dem Bauchgefühl. Und vor allem sollten wir unsere Sprache pflegen, indem wir eigene Gedanken in gute und verständliche Diskussionsbeiträge kleiden. Wenn man sich diese Mühe macht, zollt man seinem Gegenüber Respekt. Dann baut Sprache wirklich Brücken zwischen den Menschen und dient einem gedeihlichen Zusammenleben.

Interview: Simon Benne

Info Der hannoversche Kabarettist Matthias Brodowy äußert sich immer wieder zu politischen Themen. Zuletzt erschien von ihm das Buch „Klappstuhl und ich“ (Zu Klampen, 99 Seiten, 10 Euro).

FRAGE DES TAGES

Die Polizei hat den Räumungseinsatz im Protestcamp am Südschnellweg begonnen – und dann zunächst unterbrochen. Wie sehen Sie das?



HAZ-GRAFIK*
Stimmen: 4132 (Stand: 18 Uhr)
*knie repräsentative Umfrage

Es wäre besser und ein Zeichen gewesen, das ganze Lager auf einmal zu räumen.

Auf einen Tag mehr oder weniger kommt es nicht an – da ist es klug, unnötige Härte zu vermeiden.

Ich bin gegen den Schnellwegausbau – und deshalb auch gegen die Räumung von Tümpeltown.

HAZ Heute auf HAZ.de: Eine Kirche in Wettbergen hat Sahra Wagenknecht als Rednerin zu ihrem Neujahresgottesdienst eingeladen. Wie finden Sie das?

Hannoversche Allgemeine

Gründet 1893 von Dr. h. c. August Madsack

Herausgeber: Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG
Geschäftsführung: Thomas Düffert (Vors.), Bernhard Bahners, Adrian Schimpf

Chefredakteurin: Dany Schrader
Stellvertreter: Felix Harbart
chefredaktion@haz.de

VERANTWORTLICH FÜR:

Nachrichten/Chefs vom Dienst
Stefan Knopf (Ltg.), Astrid Fabricius, Ralf Heußinger, Mirja Pflug, Michael Soboll, Volker Wiedersheim
cvd@haz.de

Newsroom
Birgit Dralle-Bürgel
newsroom@haz.de

Reporter
Heiko Randermann (Ltg. und Landeshauptstadt Hannover), Jens Heitmann (Wirtschaft), Ronald Meyer-Art (Kultur), Jonas Freier (Sport, Komm.)
(0511) 518-18 52
hannover@haz.de

Lokalredaktionen
Umland Nord-Ost: Antje Bismark
nordost@haz.de - (05136) 978100
Umland Nord-West: Markus Holz
nordwest@haz.de - (05131) 467240
Umland Süd: Sarah Istrefaj
sued@haz.de - (0511) 518 28 60

Die HAZ ist Partner im Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)
Chefredakteurin: Eva Quadbeck
Mitglieder der Chefredaktion: Manuel Becker, Stefanie Gollasch, Christoph Maier
Nachrichtenagenturen: dpa, epd

ANZEIGEN:

Günter Evert (verantwort.)
Verlag und Redaktion:
Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG,
August-Madsack-Str. 1, 30559 Hannover
Postanschrift: 30148 Hannover

Druck:
Oppermann Druck- und Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,
Gutenbergstr. 1, 31552 Rodenberg

Verlag (0511) 518-0
Kleinanzeigen Privatkunden 08 00-123 44 01*
Kleinanzeigen Geschäftskunden 08 00-123 44 02*

Anzeigenaufnahme im Internet www.haz.de
Telefax Kleinanzeigen 08 00-123 44 10*
Abonnentenservice 08 00-123 43 04*
Telefax Abonnentenservice 08 00-123 43 09*

* Kostenlose Servicenummer
HAZ-Online www.haz.de
Twitter www.twitter.com/haz
Facebook www.facebook.com/hannoverscheAllgemeine

Erscheinungsweise: werktäglich morgens. Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller für die gedruckte Zeitung 55,90 € (einschließlich Zustellkosten und Mehrwertsteuer) oder durch die Post 62 € (einschließlich Portoanteil und Mehrwertsteuer). Zusätzlicher monatlicher Bezugspreis für das E-Paper 4 € (einschließlich Mehrwertsteuer). Abonnements können täglich mit einer Monatsfrist gekündigt werden.

Im Fall höherer Gewalt und bei Störung des Arbeitsfriedens kein Entschädigungsanspruch.
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist für das Mahrverfahren und im Verkehr zu Vollkauffleuten Hannover.

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitung ist in all ihren Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch den Verlag darf diese Zeitung oder alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronischen Datenbanksysteme und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Gültige Mediadaten unter haz.mediadaten.online
Amtl. Organ der Niedersächs. Börse zu Hannover